

Klimapolitik

Position der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie

Überblick

- Der Klimawandel ist eine grosse Herausforderung. Die Schweizer MEM-Industrie leistet in ihrer Rolle als «Problemlöserin» mit energie- und ressourceneffizienten Produkten sowie der Optimierung ihrer eigenen Produktionsprozesse einen massgeblichen Beitrag zur Erreichung der nationalen und internationalen Klimaziele.
- Mit der Optimierung und Flexibilisierung des erfolgreichen Zielvereinbarungssystems (Verpflichtung zu inländischen Emissionsreduktionen bei gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe) können die inländischen Reduktionspotenziale noch besser ausgeschöpft werden. Das System sollte künftig allen Unternehmen ohne Einschränkungen offenstehen.
- Die Industrie hat ihre CO₂-Emissionen in den letzten 20 Jahren wie kein anderer Sektor markant gesenkt und damit einen überproportionalen Beitrag zur Erreichung der Schweizer Klimaziele geleistet. Die CO₂-Abgabe ist auf Treibstoffe auszuweiten, damit alle Sektoren gleichbehandelt werden und angemessen zur Zielerreichung beitragen. Die CO₂-Abgabe ist als Lenkungsabgabe auszugestalten, um eine weitere Fiskalisierung zu verhindern.
- Eine Erhöhung oder Senkung der CO₂-Abgabe soll auf Basis eines referendumsfähigen Bundesbeschlusses erfolgen. Der Souverän hat damit das letzte Wort.
- Durch den Export energieeffizienter und klimaschonender Technologien kann die Schweizer MEM-Industrie im Ausland ein Vielfaches ihrer inländischen Emissionen einsparen und massgeblich zum Klimaschutz beitragen. Durch eine Anerkennung dieser Einsparungen sollen die Innovationsleistungen der Schweizer Unternehmen den nationalen Klimazielen zugutekommen können.
- Die bereits umgesetzte Verknüpfung des schweizerischen und europäischen Emissionshandelssystems (EHS) ist für die betroffenen Unternehmen zentral. Es sichert bzgl. der EU-Konkurrenz vergleichbare Rahmenbedingungen.
- Die MEM-Industrie steht im harten internationalen Wettbewerb. Zur Sicherung der Innovationsfähigkeit und Technologieführerschaft ist die Industrie auf gute Rahmenbedingungen angewiesen.

1. Ausgangslage

Die Weltgemeinschaft hat sich auf ein neues internationales Klimaschutzabkommen verständigt (Pariser Abkommen). Die Staaten verpflichten sich dazu, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen sowie Anstrengungen zu unternehmen, um die globale Durchschnittstemperatur um nicht mehr als 1,5 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau steigen zu lassen.

Die Schweiz hat das Pariser Abkommen ratifiziert und sich verpflichtet, die Treibhausgas-Emissionen (THG-Emissionen) bis 2030 um 50% gegenüber 1990 zu reduzieren. Darüber hinaus hat der Bundesrat ein Netto-Null-Ziel für das Jahr 2050 definiert. Ab Mitte des Jahrhunderts soll die Schweiz nicht mehr Treibhausgase ausstossen, als natürliche und technische Speicher aufnehmen können. Swissmem trägt dieses Ziel mit.

2. Klimaschutz und Rolle der MEM-Industrie

Swissmem unterstützt das Netto-Null-Ziel 2050. Die Dekarbonisierung erfordert neue technische Lösungen für viele Lebensbereiche. Die MEM-Industrie spielt dabei eine Schlüsselrolle, denn sie liefert viele der für den Klimaschutz nötigen Technologien. Sie entwickelt innovative, energie- und ressourceneffiziente Produkte und agiert damit als «Problemlöserin» zur Reduktion der Treibhausgas-Emissionen.

Die Schweizer MEM-Industrie hat ihre eigenen Produktionsprozesse optimiert. So konnten die Swissmem-Mitgliedfirmen ihre CO₂-Emissionen seit 1990 um 56% reduzieren. Damit haben sie einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Schweizer Klimaziele geleistet und werden diesen auch weiterhin leisten.

Durch den Export klimaschonender Technologien leisten Schweizer MEM-Firmen auch im Ausland wesentliche Beiträge zur Treibhausgasreduktion, welche ihre verbleibenden inländischen Verminderungspotenziale um ein Vielfaches übersteigen. Dieser Beitrag zum weltweiten Klimaschutz wurde in der Schweizer Klimapolitik bis anhin nicht berücksichtigt.

3. Effektiver Klimaschutz durch marktwirtschaftliche Instrumente

Attraktiver Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandort Schweiz:

Die MEM-Industrie ist ausgesprochen exportorientiert. Dadurch steht sie ausgeprägter als die meisten anderen Branchen im internationalen Wettbewerb und wird von vielen externen Faktoren (Wechselkurse, Konjunkturlage in den Zielmärkten, Handelsschranken) stark beeinflusst.

Eine zukunftsfähige Klimapolitik muss die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Schweiz erhalten und verbessern. Zur Sicherung ihrer Innovationskraft und Technologieführerschaft ist die Industrie auf gute Rahmenbedingungen angewiesen. Dazu zählen ein attraktiver Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionsstandort Schweiz, ein möglichst hindernisfreier Zugang zu den Absatzmärkten der MEM-Industrie und, spezifisch in der Klimapolitik, der Vorrang von marktwirtschaftlichen, technologieneutralen Instrumenten gegenüber ordnungsrechtlichen Eingriffen oder Subventionen.

Öffnung des Zielvereinbarungssystems erschliesst weitere Potenziale:

Zielvereinbarungen sind ein sehr wirksames Instrument, um den CO₂-Ausstoss zu senken. Dadurch umgesetzte Massnahmen führen zu nennenswerten inländischen Emissionsreduktionen. Die Wirtschaft weist weitere Potenziale zur Reduktion von inländischen CO₂-Emissionen auf. Mit einer Öffnung des Zielvereinbarungssystems für alle Unternehmen können diese Potenziale realisiert werden. Mit einem flexiblen, unbürokratischen Zielvereinbarungssystem sind Investitionen in die eigene, lokale Firmeninfrastruktur weiterhin attraktiv und die Industrie wird auch in Zukunft massgeblich zur Erreichung der inländischen Emissionsreduktionen beitragen.

Internationale Kooperationsmechanismen nutzen:

Swissmem hat sich für eine Gleichgewichte hinsichtlich Emissionsreduktionen im In- und Ausland eingesetzt. Für die Realisierung von Auslandsreduktionen sehen die noch auszugestaltenden, sogenannten Kooperationsmechanismen des Pariser Abkommens Marktansätze vor, um Emissionsreduktionen zwischen Vertragsstaaten zu handeln und an die eigenen, nationalen Ziele anzurechnen. Um dem Privatsektor die Anwendung dieser Kooperationsmechanismen zu erleichtern, stellt der Bund rechtzeitig notwendige Standards bereit, wie die vertragliche Regelung von Grundsätzen über die Anforderungen, die Abwicklung sowie die Modalitäten zum Übertrag von Verminderungsleistungen zwischen Vertragsstaaten.

CO₂-Abgabe auch auf Treibstoffe stärkt zentrales Instrument der Schweizer Klimapolitik:

Eine ausgewogene und wirksame Klimapolitik muss sicherstellen, dass alle Sektoren gleichbehandelt werden und angemessen zur Zielerreichung beitragen. Mit der Ausweitung der CO₂-Abgabe auf Treibstoffe wird das umweltökonomisch effektivste marktwirtschaftliche Instrument gestärkt. Eine CO₂-Lenkungsabgabe auf alle fossilen Energieträger soll damit ein zentrales Instrument der Schweizer Klimapolitik darstellen. Im Gegenzug ist auf

nicht technologieneutrale und in ihrer Wirkung fragwürdige Fördersysteme zu verzichten (z.B. Technologie-/Klimafonds, Anschubfinanzierungen).

- **Keine weitere Fiskalisierung, der Charakter einer Lenkungsabgabe ist zwingend beizubehalten.**
Das etablierte Gebäudeprogramm soll im gegebenen finanziellen Umfang, max. 1/3 resp. 450 Mio. CHF des CO₂-Abgabeertrages auf Brennstoffe, und mit der bisher vorgesehenen Befristung weitergeführt werden. In Anlehnung dazu darf auch die Ausweitung der CO₂-Abgabe auf Treibstoffe nicht zu einer weiteren Fiskalisierung führen. Die Kompensationsverpflichtungen der Treibstoffimporteure können mit einer Zweckbindung von max. 1/3 der CO₂-Abgabeerträge auf Treibstoffe finanziert werden. Mit der CO₂-Abgabe von 96 CHF/t CO₂ stehen pro Liter Treibstoff 8-10 Rappen für Kompensationsmassnahmen zur Verfügung. Dies ist gemäss einer Einschätzung des BAFU ausreichend. Alle weiteren Einnahmen aus der CO₂-Abgabe sind an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückzuerstatten. Damit wird der Charakter der Lenkungsabgabe weitgehend erhalten und, zumindest im Aggregat, keine Kaufkraft abgeschöpft (Fiskalquotenneutralität).
Gehen energieintensive Betriebe eine Verminderungsverpflichtung mit dem Bund ein (Zielvereinbarung) wird ihnen im Gegenzug die CO₂-Abgabe auf Brennstoffe rückerstattet. In Anlehnung dazu, soll auch dem bereits mit der LSWA belasteten Schwerverkehr die CO₂-Abgabe auf Treibstoffe rückerstattet werden.
- **Anpassung der CO₂-Abgabe (Erhöhung oder Senkung) durch referendumsfähigen Parlamentsbeschluss.**
Eine Erhöhung oder Senkung der CO₂-Abgabe soll künftig nicht mehr durch den Bundesrat, sondern durch einen referendumsfähigen Parlamentsbeschluss erfolgen. Damit wird die Anpassung der Lenkungsabgabe in hohem Grad demokratisch legitimiert.

4. Rasche Neuauflage eines mehrheitsfähigen CO₂-Gesetzes

Swissmem bedauert die Ablehnung des CO₂-Gesetzes am 13. Juni 2021. Nun braucht es eine rasche Neuauflage des Gesetzes, die sowohl mehrheitsfähig ist als auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts sicherstellt. Vor diesem Hintergrund setzt Swissmem auf eine Neuausrichtung der Klimapolitik, die für die Bevölkerung verständlich und nachvollziehbar ist.

Das Nein zum CO₂-Gesetz hebt bestehende Regelungen aus und schafft damit Unsicherheiten für den Industriestandort Schweiz. Das aktuell gültige System der Zielvereinbarungen, das zahlreiche MEM-Unternehmen nutzen, läuft Ende Jahr aus. Ohne neues CO₂-Gesetz braucht es dringend eine Übergangslösung. Fällt die Befreiung der CO₂-Abgabe für energieintensive Unternehmen weg, büssen sie an Konkurrenzfähigkeit ein. Das gefährdet den Schweizer Werkplatz und dessen Arbeitsplätze.

Swissmem will eine rasche Neuauflage des CO₂-Gesetzes. Klar scheint, dass der Ausstoss von CO₂ einen angemessenen Preis erhalten soll, wobei die konkrete Ausgestaltung einer Lenkungsabgabe mit der nötigen politischen Sensibilität neu evaluiert werden muss. Die Neuauflage muss zudem folgende Voraussetzungen erfüllen: Sie muss für die Bevölkerung verständlich und nachvollziehbar sein und darf insgesamt nicht zu einem Kaufkraftverlust der Bevölkerung führen. Swissmem schätzt den Entscheid des Volks als Verdikt gegen eine Umverteilung über Subventionen ein. Für die Industrie muss eine Neuauflage rasch Planungssicherheit schaffen, damit die Firmen auch künftig am Standort Schweiz Investitionen in den Klimaschutz tätigen. Swissmem ist überzeugt, dass eine neue schlanke Vorlage in kurzer Zeit erarbeitet werden kann und muss. Es ist an der Politik nun Realitätssinn zu beweisen.

Weitere Auskünfte bei Swissmem erteilt:

– Philipp Bregy, Ressortleiter Energie, Tel. +41 384 48 04, p.bregy@swissmem.ch